

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 85 646 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Heidmarie Wieczorek Zeul MdB formuliert die Forderungen der SPD an das 4. Hauptfolgetreffen der KSZE in Helsinki.

Seite 1

Brigitte Adler MdB zur Notwendigkeit, den GATT-Abschluß zu ermöglichen und neue Freiräume für die Reform der europäischen Landwirtschaft zu schaffen: Die EG-Agrardiskussion versachlichen.

Seite 2

Klaus Kübler MdB zum Ergebnis der Parlamentswahlen in dem südostasiatischen Land: Thailand, eine vom Militär abhängige Demokratie.

Seite 5

47. Jahrgang / 59

25. März 1992

Helsinki - einzigartige Chance für Europa Erwartungen der SPD vom 4. Hauptfolgetreffen der KSZE

Von Heidmarie Wieczorek Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Mit dem 4. Hauptfolgetreffen der KSZE in Helsinki eröffnet sich für Europa eine einzigartige Chance. Die Hauptbereiche der Zusammenarbeit in der KSZE - Sicherheit, Wirtschaft, Menschenrechte - müssen zu einem Netzwerk politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Zusammenarbeit verknüpft werden, so daß Kriege und Bürgerkriege zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten in Zukunft undenkbar werden. Die Rüstungskontrollabkommen der KVAE (Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa) müssen weitergeführt werden. Darüber hinaus fordert die SPD:

1. KSZE-Vertrag:

Die KSZE-Vereinbarungen müssen endlich zu einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zur Sicherheit und Zusammenarbeit ausgebaut werden. Die SPD schlägt vor, damit die KSZE zu einem System regionaler Abmachungen gem. Kapitel VIII der UN-Charta zu machen.

2. Gesamteuropäisches Sicherheitssystem:

Der KSZE-Gipfel muß den Grundstein für ein gesamteuropäisches kooperatives Sicherheitssystem legen. Als wichtige Schritte dazu fordert die SPD:

- Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrates.
- Ausbau des Konfliktverhütungszentrums und der Streitschlichtung.
- Bildung eines unabhängigen Schiedsgerichts der KSZE, dem sich die KSZE-Mitgliedstaaten unterwerfen müssen.

3. Gesamteuropäische Wirtschaftspolitik:

Die im Westen immer noch verbreitete Überbetonung der militärischen Sicherheit und die mangelnde Zusammenarbeit bei der ökonomischen, ökologischen und sozialen Sicherheitsvorsorge kann nicht länger hingenommen werden. Gesamteuropäische Wirtschaftspolitik wird zum zentralen Baustein europäischer Sicherheit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Verständiger Umgang
umweltschonender Rückfragen
Recycling-Papier



4. Ein neues Tschernobyl verhindern:

Eine neue Umweltkatastrophe wie in Tschernobyl muß verhindert werden. Als Sofortmaßnahme fordert die SPD eine Kommission für nukleare Sicherheit, in der westliche und östliche Nuklearexperten Kernreaktoren inspizieren und Maßnahmen zur Gewährleistung der nuklearen Sicherheit, inklusive der notwendigen sofortigen Stilllegung der gefährlichsten KW's anordnen können. Diese Kommission soll mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zusammenarbeiten und muß finanziell ausreichend ausgestattet sein.

5. Beseitigung der Atomwaffen:

Die Streitigkeiten zwischen einzelnen GUS-Staaten über die Verbringung taktischer Atomwaffen nach Rußland, erfordert sofortiges Handeln. Auch hier sollte die KSZE zu ungewohnten Sicherheitsmaßnahmen bereit sein. Eine internationale Lösung ist der beste Ausweg, um Vertrauen zu schaffen, daß die Atomwaffen wirklich vernichtet werden:

- Sämtliche land-, see- und luftgestützte taktischen Atomwaffen sind in international kontrollierte Depots zum Zwecke ihrer unverzüglichen Vernichtung zu bringen. Auch der Westen darf sich nicht länger gegen eine international kontrollierte Beseitigung aller taktischen Atomwaffen sperren.
- Die verbleibenden strategischen Atomwaffen sind dadurch nachprüfbar aus der "Einsatzbereitschaft" zu nehmen, daß Gefechtsköpfe und Trägermittel unter internationaler Kontrolle getrennt gelagert werden. Dies liegt im Interesse der Sicherheit aller Staaten.

6. Zusammenarbeit mit dem Süden:

Die KSZE sollte Brücken zu den Nachbarstaaten im Süden der GUS und des Mittelmeers aufbauen und mit ihnen regionale Rüstungskontrollstrukturen und andere Formen der Zusammenarbeit entwickeln. Dies wird eine wichtige Voraussetzung für die Vermeidung zukünftiger Nord-Süd-Konflikte.

(-/25. März 1992/rs/tr)

Die EG-Agrardiskussion versachlichen!

Zur Notwendigkeit, den GATT-Abschluß zu ermöglichen und neue Freiräume für die Reform der europäischen Landwirtschaft zu schaffen

Von Brigitte Adler MdB

Es ist dringend notwendig, daß die Bundesregierung ihre Bremserrolle in den GATT-Verhandlungen aufgibt und einen GATT-Verhandlungserfolg durch einen Beitrag zur Lösung des Agrarkonfliktes ermöglicht. Die Forderungen, die an den GATT-Verhandlungsabschluß gestellt werden, sind klar:

1. Rückführung der EG-Exportsubventionen und nachhaltige Entlastung des Weltagrarmarktes von den strukturellen EG-Überschüssen.
2. Im Gegenzug für die Weltmarktentlastung ist ein Außenschutz für die EG-Landwirtschaft zu fordern, der

- * die mit ökologischen und sozialen Mißständen verbundenen Weltmarktpreise relativiert;
- * ein eigenständiges EG-Binnenmarktpreissystem zuläßt, das ökonomisch und ökologisch fundiert ist;
- * jedoch nicht zu einer völligen Abschottung vom Weltagrarmarkt führt, sondern nur die Produkte unter Schutz stellt, die in der EG umweltverträglich zur Selbstversorgung mit Lebensmitteln produziert werden können.

3. Außerdem sind für befristete Anpassungszeiträume Ausgleichszahlungen notwendig, die jedoch prinzipiell an gesamtgesellschaftlich erwünschte, soziale und ökologische Kriterien gebunden werden müssen.

Die unglückliche Verbindung der EG-Agrarreform mit den GATT-Verhandlungen stand einer sachlichen Diskussion über sinnvolle Zukunftsmodelle für die Landwirtschaft bislang im Wege. Deshalb ist ein klares EG-Signal zur Weltmarktentlastung notwendig, um den GATT-Abschluß zu ermöglichen und neuen Freiraum für eine Reform des EG-Agrarsystems zu schaffen.

Probleme und Reformansätze

1. Gründe für den Agrarstrukturwandel

Die Landwirtschaft unterliegt einem stetigen Anpassungsdruck in einer Industriegesellschaft. Die Gründe hierfür sind

- Stagnierendes Bevölkerungswachstum
- Ausgaben für Nahrungsmittel sinken bei wachsendem Wohlstand
- Geringe Preiselastizität der Nachfrage bei Agrargütern
- Technischer Fortschritt läßt Angebot schneller wachsen als Nachfrage

Alle Versuche der Landwirtschaft sich dieser Situation anzupassen können im Prinzip nur durch die Verringerung der Kosten für die Erzeugung von Lebensmitteln erfolgen. Nur so besteht eine Chance an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilzuhaben. Dabei kommt es zwangsläufig zu **Wachstumstendenzen**. Ebenso sind Rationalisierungs-, Intensivierungs- und Spezialisierungsreaktionen unvermeidbar.

Die Folgen dieser Wachstums- und Konzentrationsprozesse haben wir in der Vergangenheit erlebt: Die ökologisch unerwünschte Bildung von Intensivregionen, die Produktion von Überschüssen und die sozial- und regionalpolitisch bedenkliche Entwicklung in benachteiligten ländlichen Regionen. Diese **Folgeprobleme des Strukturwandels** werden heftig kritisiert. Ein künstlicher Eingriff in den Strukturwandel, durch strukturkonservierende Maßnahmen, kostet jedoch viel Geld und kann auch nur bremsend wirken.

In diesem Zusammenhang erhebt sich immer wieder die Frage nach den **optimalen Betriebsgrößen**. Aus ökonomischer Sicht sind die Betriebsgrößen in Westdeutschland zu klein und viele der ehemaligen LPG's in Ostdeutschland zu groß. Eine optimale, für alle gleichermaßen sinnvolle Betriebsgröße gibt es allerdings nicht. Diese hängt von vielen Faktoren ab, die im Einzelfall geprüft werden müssen.

Ebenso ist es falsch zu sagen, je größer desto besser, wie häufig suggeriert wird. Dann industrielle Wachstumsstrategien lassen sich nur bedingt auf den Wirtschaftszweig Landwirtschaft übertragen. Die Landwirtschaft ist nur sehr begrenzt automatisierbar, muß flächengebunden wirtschaften und hängt von vielen unkalkulierbaren Ereignissen (z.B. das Wetter) ab. Hinzu kommt ein mit zunehmender Betriebsgröße wachsender Verwaltungs- und Transportaufwand, der die **Größenvorteile** allmählich wieder schwinden läßt. Überdies demonstriert das Beispiel der amerikanischen Landwirtschaft sehr gut, daß eine Existenzsicherheit durch große Betriebseinheiten alleine keinesfalls gewährleistet wird.

Die obengenannten Aspekte sollten sachlich aufgegriffen werden, wenn über eine Existenzsicherung der Familienbetriebe geredet wird oder über die Schaffung der Agrarstrukturen in den neuen Bundesländern. Der von den eigentlichen Problemen ablenkende Streit **"Großbetrieb gegen Kleinbetrieb"** sollte der Vergangenheit angehören. In Zukunft muß darüber geredet werden, wie man innerhalb ökologischer Grenzen ökonomische Wege für die Lebensmittelerzeugung definiert.

2. Subventionierung ohne Zielorientierung

Das Problem der **explodierenden Kosten**, immerhin wird ein Großteil des EG-Budgets nur für den Agrarsektor ausgegeben, zwingt alleine aus finanziellen Gründen schon zum Umdenken in der gemeinsamen Agrarpolitik. Selten wurde wohl soviel Geld so ineffizient und volkswirtschaftlich schädlich eingesetzt. Es muß daher ein drastischer Kurswechsel in der Subventionierungs- und Förderungspolitik eingeleitet werden.

Das EG-Stützungssystem verursacht nicht nur umweltschädlich produzierte Überschüsse, sondern bewirkt durch die Subventionierung der Exporte auch noch Dumpingpreise auf dem Weltmarkt. Am empfindlichsten werden dadurch die Entwicklungsländer getroffen, wodurch nicht selten unsere Entwicklungshilfe konterkariert wird. Ein Agrarökonom nannte diese Politik schon vor einiger Zeit treffend **"Die subventionierte Unvernunft"**.

Unter diesen Umständen sind die Steuerzahler nicht mehr lange bereit eine hoch-subventionierte Landwirtschaft hinzunehmen. Eine größere **gesellschaftliche Akzeptanz** ist erst dann zu erwarten, wenn zukünftige landwirtschaftliche Stützungssysteme ausschließlich umweltverträgliche Produktionsweisen berücksichtigen und der Weltagrarmarkt entlastet wird (siehe auch GATT-Verhandlungen).

Daher brauchen wir endlich **verteilungspolitisch sinnvolle, volkswirtschaftlich effiziente und vor allem zielorientierte Stützungsstrategien**. Um eine gesellschaftlich tragbare Weiterentwicklung der Landwirtschaft voranzutreiben, ist eine viel breitere und offenere Diskussion notwendig. Leider wird derzeit überwiegend über **Feindbilder** und nicht über **Leitbilder** gesprochen.

3. Umweltschadenskosten in der Landwirtschaft

Das ganze Ausmaß der Ineffizienz des EG-Agrarsystems wird dann ersichtlich, wenn Umweltökonomien errechnen, wieviel es denn kostet, wenn man bspw. Pflanzenschutzmittelrückstände oder Nitrate aus dem Trinkwasser entfernen muß. Dieses Problem der sogenannten **"Externen Effekte"** tritt in allen Wirtschaftsbereichen auf, nicht nur in der Landwirtschaft. Es geht also nicht darum, alleine die Landwirtschaft zu kritisieren, sondern auf ein überall verbreitetes Schema hinzuweisen:

Produkte sollen möglichst kostengünstig erzeugt werden. Ob bei der Herstellung, die Luft, das Wasser oder der Boden belastet werden und die Schäden dem Staat, also uns Steuerzahlern, wiederum große **Reparatur- oder Beseitigungskosten** aufbürden, darüber muß sich der Unternehmer bei uns leider viel zu wenig Gedanken machen (auch findet auf Verbrauchersseite dieser Zusammenhang zu wenig Beachtung). Somit bleibt seine Gewinnrechnung weitgehend von den genannten **"externen Kosten"** verschont.

Aus ökologischen und volkswirtschaftlichen Gründen macht es daher Sinn, zukünftig eine Landwirtschaft zu unterstützen, die Umweltschäden möglichst vermeidet.

4. Marktwirtschaftliche Lösungen

Einige Agrarökonomien gehen davon aus, daß nur marktwirtschaftliche Lösungen eine Realisierungschance haben. Sie warnen vor Eingriffen in die freie Marktwirtschaft durch Beschränkung des technischen Fortschritts, Konsumverzicht und Wachstumszurückhaltung. Für Sie müssen die **Umweltgüter erst einmal einen festen Preis** in unserer Gesellschaft haben, um den Umweltschutz in unser marktwirtschaftliches System ökonomisch zu integrieren. Eine marktfähige Einführung umweltschonender Produktionsweisen soll so den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie aufheben.

Sicherlich käme dies der berechtigten Forderung nach möglichst viel Markt entgegen und würde auch eine Umweltentlastung bewirken. Jedoch verfolgt dieser rein marktwirtschaftliche Ansatz primär das Ziel der Wohlfahrtssteigerung. Unbeachtet der Tatsache, daß eine konsequente Realisierung ökologischer Kriterien immer regulierend auf Wachstumstendenzen wirken werden. An dieser Stelle bleibt der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie bestehen.

Solange also **herkömmliche ökonomische Bewertungsverfahren** Gültigkeit haben, kann dieser Konflikt auch nicht ansatzweise aufgehoben werden.

5. Neubewertung der Landwirtschaft

In der letzten Zeit wird zunehmend darüber gesprochen, daß die Landwirtschaft gegen Honorierung **ökologische Dienstleistungen** erbringen soll. Viele sehen darin allerdings nur einen Beitrag zur Lösung der schwierigen Einkommenslage, der Landwirten im Bereich der Natur- und Landschaftspflege ein zusätzliches wirtschaftliches Standbein verschafft. Es macht jedoch wenig Sinn, wenn Landwirte zwar Landschaftspflege betreiben, aber auf ihren eigenen Wirtschaftsf lächen so weitermachen wie bisher.

5. Die Rolle des technischen Fortschritts

In der Vergangenheit wurde immer wieder deutlich, daß der biologisch-technische Fortschritt vor allem in zwei Richtungen gewirkt hat:

- a) Produktions- und Ertragssteigerungen
- b) Verursachung negativer Umwelteffekte

Beide Effekte verlangen nach einem Ausgleich. Die Überschußproblematik verlangt mittlerweile groß angelegte Flächenstilllegungsprogramme, die enorme staatliche Zahlungen verursachen. Nicht billiger sind die Umweltprobleme, die durch die notwendige Finanzierung der Vermeidungs- und Beseitigungskosten ebenso den Haushalt belasten.

Es geht nicht um Technologiefeindlichkeit, sondern um den vernünftigen Umgang mit Technologien, wenn umweltschädliche Verfahrensweisen verboten werden. Daß technischer Fortschritt, auch ein ökologisch orientierter, immer zu Produktions- und Ertragssteigerungen führen wird, liegt in der Natur der Sache. Dies sollten all jene beachten, die behaupten, daß mit ökologischer Landwirtschaft der Agrarstrukturwandel aufgehalten werden könnte.

(-/25. März 1992/rs/fr)

Thailand, eine vom Militär abhängige Demokratie Zum Ergebnis der Parlamentswahlen in dem südostasiatischen Land

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Die ersten Parlamentswahlen seit dem Putsch des thailändischen Militärs im Februar 1991 haben zunächst die Macht des Militärs gefestigt. Das Militär hatte sich damals gegen den Zivilisten Chaichai gewandt, der den Einfluß der Offiziere beschneiden wollte, und ihn schließlich

gestürzt. Im Dezember 1991 billigte die thailändische Nationalversammlung auf Druck des Militärs eine neue Verfassung, derzufolge die 270 Mitglieder des Senats vom Militär bestimmt, während lediglich die 350 Mitglieder der Nationalversammlung durch Wahlen berufen werden sollen. Der Senat hat nach dieser Verfassung die Macht, der von der Nationalversammlung gewählten Regierung jederzeit das Mißtrauen auszusprechen. Bei Abstimmungen über die Regierungspolitik haben beide Kammern gemeinsam Entscheidungsgewalt, so daß der Einfluß der "frei" gewählten Mitglieder der Nationalversammlung ziemlich bedeutungslos ist.

Die Generäle haben also verfassungsrechtlich ihren vollen Einfluß auf die Regierung verankert. Im Grunde genommen handelt es sich bei der neuen Verfassung vom Dezember 1991 um eine Verfassung, die für alle Zeiten dem Militär die tatsächliche Macht im Lande sichern soll. Insofern waren diese Parlamentswahlen von Anfang an eher demokratische Scheinwahlen als echte demokratische Wahlen, in denen das Volk die letzte Entscheidung treffen würde. Die letzte Entscheidung in Thailand trifft nach wie vor das Militär. Neu ist nur, daß dies jetzt auch noch verfassungsrechtlich verankert ist.

Weiter vorgebaut zur Sicherung seiner Macht hat das Militär durch die gleichzeitig mit den Parlamentswahlen erfolgte Bestellung des Senats durch das Militär, in dem jetzt 151 Sitze von 270 Sitzen mit Angehörigen des Militärs besetzt worden sind.

Die zunächst nach dem Putsch verbotenen Oppositionsparteien konnten sich vor den Wahlen reorganisieren und traten zu den Wahlen an. Es muß allerdings insbesondere hinsichtlich der Chart Thai-Partei auffallen, wie die Parteien unter dem Einfluß des Militärs ihre ursprünglichen Ziele aufgaben. Während sich 1991 der Putsch gegen ihren Ministerpräsidenten Chatichai richtete, steht sie nun auf Seiten des Militärs, freilich ohne ihren ehemaligen Parteichef und Premier Chatichai.

Die Chart Thai lag mit 74 Sitzen hinter der voll vom Militär getragenen Samakkithan, auf die 79 Sitze entfielen. Das Militär wird ferner von der Social Action unterstützt, die auf 31 Sitze kommt. Damit hat das Militär auch im Parlament die Mehrheit. Die Oppositionsparteien New Aspiration, Democrats und Palangdharma erhielten 72, 44 und 41 Sitze. Nur in Bangkok erlitten die dem Militär nahestehenden Parteien eine deutliche Niederlage gegen die Palangdharma-Partei. Diese Partei, die von Gouverneur von Bangkok Chamlong Srimuang geführt wird, errang 32 von 35 Sitzen in der Hauptstadt Bangkok.

Dem Militär werden bei den Wahlen Korruption und Stimmenkauf angelastet. Ausländische Beobachter bezeichnen bei asiatischen Wahlkampagnen das Verteilen von Geldgeschenken an Wähler als Stimmenkauf. Es handelt sich in der Regel um ein Geschenk, das Loyalität zu der betreffenden Partei schaffen soll. Unsicher bleibt jedoch, ob die betreffende Partei tatsächlich das Wahlverhalten beeinflussen und kontrollieren kann.

Die Parlamentswahlen in Thailand am 22. März 1992 können nicht als demokratische Wahl gelten, da der politische Handlungsrahmen seit dem Putsch durch das Militär bestimmt war und in Zukunft die neue Verfassung dem Militär die entscheidenden Rahmenbedingungen zur Erhaltung seiner Macht gibt.

Die Generäle haben vorgesorgt. Die traditionell alles bestimmende Rolle des Militärs hat sich nicht verändert. Eine Demokratie im echten Sinne ist durch diese Wahl nicht eingeführt worden. Thailand ist noch weit davon entfernt.

Gleichwohl zeigen sich deutliche Ansätze für ein starkes demokratisches Bewußtsein insbesondere in Bangkoks Bevölkerung. Das Militär ist aber gewillt, sich seinen Einfluß, seine Pfründe und seine Macht nicht nehmen zu lassen.

Konflikte sind also vorauszusehen. Es gilt deshalb für alle politisch Verantwortlichen, die demokratischen Kräfte in Thailand, die es in starkem Umfang gibt, zu stärken. Dem thailändischen Königshaus kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

(-/25. März 1992/rs/tr)
